

Ärzten verlässliche Informationen an die Hand geben

Über eine strafgesetzliche Regelung zur Ahndung von korrupten Verhaltensweisen im Gesundheitswesen wurde längere Zeit kontrovers diskutiert. Anfang Juni 2016 trat schließlich das Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen in Kraft. Mit den neuen Paragraphen §§ 299a und 299b verankerte der Gesetzgeber den Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen im Strafgesetzbuch. Die neuen Strafvorschriften sollen verhindern, dass Entscheidungsträger sich fachlich-medizinische Entscheidungen (z. B. über die Verordnung von Arzneimitteln oder die Zuführung von Patienten) für die Gewährung eines Vorteils „abkaufen“ lassen.

Projektgruppe gebildet

Schon während des Gesetzgebungsprozesses wurde darüber diskutiert, wie mit den neuen Strafvorschriften umzugehen sein wird. Der Vorstand der Bundesärztekammer hatte daher bereits Ende 2015 beschlossen, eine Projektgruppe einzurichten. Diese sollte sich mit der Bedeutung des Gesetzes für die Tätigkeit in den Landesärztekammern und den damit verbundenen berufsrechtlichen Fragen sowie des rechtlichen Informations- und Beratungsbedarfs insbesondere der Kammermitglieder befassen.

Am 16.02.2016 hat die Projektgruppe ihre Arbeit aufgenommen, um zunächst Übereinstimmungen und Abweichungen mit dem bestehenden Berufsrecht (§§ 30ff. MBO-Ä) festzustellen. Infolgedessen konnten Auswirkungen auf die Arbeit der Landesärztekammern bestimmt werden. Dies betrifft vor allem die Beratung, die berufsrechtliche Prüfung von Verträgen und die Information der Kammermitglieder. Es wurden Anforderungen an die Beratung sowie die Vertragsprüfung definiert und entsprechende Prüfkriterien diskutiert. Erstellt werden soll zudem eine erweiterungsfähige Sammlung von Fragestellungen und von bestimmten Fallkonstellationen. Damit sollen die Landesärztekammern

bei der Ausarbeitung von FAQ-Katalogen unterstützt werden. Die Arbeit der Projektgruppe soll laut Beschluss des Vorstandes der Bundesärztekammer (BÄK) weitergeführt werden.

Ferner hat die BÄK am 12.11.2016 in Berlin eine Tagung „Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen“ veranstaltet, zu der namhafte Vertreter aus Wissenschaft und Praxis referierten (*).

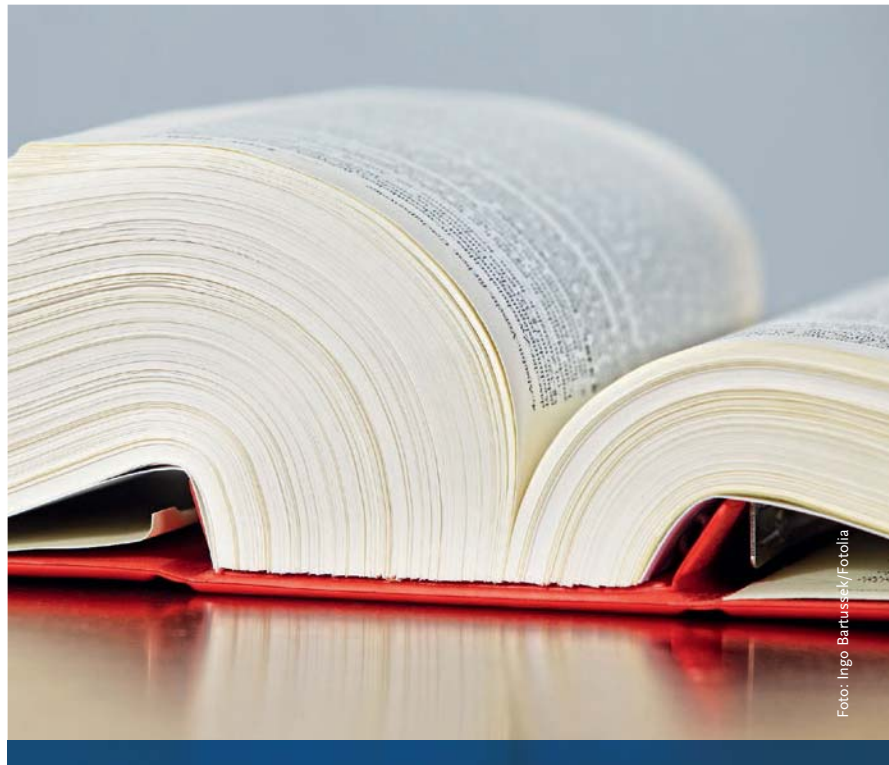


Foto: Ingo Bartuski/Fotolia

Auf der Tagung diskutierten Teilnehmer aus dem ärztlichen sowie dem juristischen Bereich, welche Kooperationsmodelle strafbar und welche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Heilberufen untereinander, aber auch zwischen Leistungsanbietern und der Industrie weiterhin erlaubt sind. ■



(*) www.baek.de/TB16/Korr